

07/2008

**2015**  
aktuell

30. Juli 2008

1. **Kaum Fortschritte beim G8 Gipfel in Japan**
2. **Erhöhung des Entwicklungshaushaltes 2009**
3. **Regierung beschließt Weißbuch zur Entwicklungspolitik**
4. **Empfehlungen zur MDG-Umsetzung in Afrika**
5. **Verhandlungen zum Welthandel abgebrochen**
6. **Kampagne für Geschlechtergerechtigkeit**
7. **EU Aktionsplan zu den MDG**
8. **Agrartreibstoffe treiben Nahrungsmittelpreise in die Höhe**
9. **Mehr und bessere Entwicklungshilfe für Gesundheit gefordert**
10. **Development Cooperation Forum soll geberdominierte Entwicklungszusammenarbeit überwinden**

***Kurz notiert***  
***Termine***

### **1. Kaum Fortschritte beim G8 Gipfel in Japan**

Die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen haben sich vom 7. bis zum 9. Juli im japanischen Toyako zu ihrem diesjährigen G8-Gipfel getroffen. Erklärtes Ziel des Treffens war es, Lösungen für globale Probleme wie die Nahrungsmittelkrise, gestiegene Ölpreise oder den Klimaschutz zu finden, sowie den Heiligendamm-Prozess – die Annäherung der G8 an die Schwellenländer Indien, China, Brasilien, Mexiko und Südafrika – voranzutreiben. Im Bereich des Klimaschutzes bekräftigten die G8 ihren Entschluss zur Halbierung des Ausstoßes schädlicher Treibhausgase bis zum Jahr 2050. Bis zur Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, wo über das Kyoto-Nachfolgeprotokoll verhandelt wird, sollen zusätzlich die Schwellenländer mit eingebunden werden. Deren Beitrag soll sich jedoch nach ihren vorhandenen Möglichkeiten richten und damit deutlich von dem der Industrieländer unterscheiden. Weiterhin sollen erhöhte Förderkapazitäten und

eine bessere Energieeffizienz verhindern, dass der Ölpreis weiter steigt. Zur Lösung der weltweiten Nahrungsmittelkrise wurde eine „globale Partnerschaft“ gegen den Hunger sowie Sofortmaßnahmen zur Unterstützung betroffener Staaten vereinbart. Geprüft werden solle auch die Einführung einer internationalen Lebensmittel-Reserve. Gegenüber Afrika wurde das Versprechen des G8-Gipfels von Gleneagles aus dem Jahr 2005 bekräftigt, die Entwicklungshilfe für Afrika bis 2010 um 25 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erhöhen. Es wurde nun geklärt, dass die bereits in Heiligendamm ohne Zeitrahmen zugesagten 60 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria innerhalb von fünf Jahren eingesetzt werden. Schließlich soll dafür gesorgt werden, dass die festgefahrene Doha-Handelsrunde neu belebt wird. ([www.g8summit.go.jp/eng/doc/index.html](http://www.g8summit.go.jp/eng/doc/index.html))

Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul zeigte sich erfreut über die Ergebnisse des Gipfels. Es sei wichtig, dass die G8 die Beschlüsse der vergangenen Gipfel bekräftigt hätten, ihre Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zu erhöhen. Allerdings mahnte sie auch an, dass es nun gelte, das Erreichte umzusetzen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehöre die Bereitstellung von Soforthilfen für besonders von den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen betroffene Länder. Auch die Finanzierungszusagen im Gesundheitssektor seien als Erfolg des Gipfels zu bewerten. Deutschland habe hier bereits deutliches Engagement gezeigt, indem es seine Beiträge zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten sowie für die Stärkung der Gesundheitssysteme auf 500 Millionen Euro jährlich gesteigert habe. Schließlich begrüßte sie die Entscheidung der G8, den neuen Klimafonds der Weltbank mit sechs Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Deutschland werde sich hieran mit mindestens 500 Millionen US-Dollar beteiligen. Dieser Fonds soll klimaschonende Technologien in Entwicklungsländern fördern sowie die Anpassung an den Klimawandel finanzieren. ([www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/juli/20080709\\_g8gipfel/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/juli/20080709_g8gipfel/index.html))

Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten, dass es auf dem Gipfel kaum Fortschritte im Bereich der Armutsbekämpfung gegeben habe. Es sei schon als Erfolg zu werten, dass es in Toyako keine Rückschritte gegeben habe, erklärte der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). Dies betreffe speziell die zugesagte Steigerung der Entwicklungshilfe für Afrika. Allerdings bemängelte VENRO, dass es sich weiterhin nur um Ankündigungen handle und wirkliche Taten seit drei Jahren ausständen. Keinerlei Fortschritte habe es bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) im Bereich Bildung sowie der Wasser- und Grundversorgung gegeben, obwohl diese Themen ganz oben auf der Agenda des G8-Gipfels gestanden hätten. Angesichts der akuten Krisen hätte man sich ein deutlicheres Bekenntnis der G8 zum Handeln gewünscht. ([www.venro.org/244.html](http://www.venro.org/244.html))

Auch zum Thema Klimawandel übten NRO Kritik an den Industrieländern: Ohne klare Bekenntnisse und rasche effektive Maßnahmen aller Industrieländer zu deutlichen Emissionsreduktionen in den nächsten Jahren sei eine Umkehr des weltweiten Wachstumstrends der Emissionen bis 2015 und die Abwendung eines katastrophalen Klimawandels zum Scheitern verurteilt, erklärte Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch. Oxfam forderte, dass sich die G8-Staaten auf das Ziel eines substanziellen UN-Klimaabkommens für die Zeit nach 2012 verständigten. Die G8 müssten außerdem ihre eigenen Treibhausgasemissionen bis

zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 25 bis 40 Prozent senken und die Entwicklungsländer viel stärker als bisher bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen. ([www.germanwatch.org/presse/2008-07-09.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2008-07-09.htm); [www.oxfam.de/a\\_631\\_aktuell.asp?id=208](http://www.oxfam.de/a_631_aktuell.asp?id=208))

Kritik gab es ebenfalls zu den Beschlüssen zur weltweiten Nahrungsmittelkrise. Hierbei liege der Fokus zu stark auf kurzfristiger Hilfe, so Ulrich Post, Entwicklungs- und Politikexperte der Welthungerhilfe. Insgesamt gesehen seien die Ergebnisse viel zu vage, zu mutlos und zu kurzfristig. Carolin Callenius, Ernährungsexpertin bei Brot für die Welt, konkretisierte, dass es zynisch sei, die strukturellen Ursachen der Hungerkrise anzuerkennen, dann aber keine konkreten Lösungsansätze zu deren Überwindung zu beschließen. NRO-Vertreter forderten daher die G8 auf, sowohl ihre Agrartreibstoff-Politik zu überdenken, als auch ihre generellen Agrarsubventionen sowie andere Handelsbarrieren abzubauen. ([www.welthungerhilfe.de/bilanz-g8-nahrungsmittelkrise.html](http://www.welthungerhilfe.de/bilanz-g8-nahrungsmittelkrise.html); [www.brot-fuer-die-welt.de/395\\_8772\\_DEU\\_HTML.php](http://www.brot-fuer-die-welt.de/395_8772_DEU_HTML.php))

Bemängelt wurden weiterhin die Entscheidungen zur Stärkung der Gesundheitssysteme sowie zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten in den Entwicklungsländern. World Vision Vertreter Marwin Meier kritisierte vor allem die Aufweichung des 2005 in Gleneagles gegebenen Versprechens zum universellen Zugang zur HIV und AIDS-Behandlung: „2007 in Heiligendamm wurden zwar 60 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt, aber dieses Geld sollte zusätzlich für die Behandlung der Armutskrankheiten Tuberkulose und Malaria, sowie zur Stärkung der Gesundheitssysteme reichen. Im aktuellen Kommuniqué muss dieselbe Summe inzwischen die Bekämpfung aller Infektionskrankheiten (inklusive HIV und AIDS) und die Stärkung der Gesundheitssysteme finanzieren“. Damit würde gerade einmal die Hälfte des finanziellen Bedarfs zur Bekämpfung von Armutskrankheiten gedeckt. ([www.worldvision.de/downloads/presse/pm\\_g8\\_090708.pdf](http://www.worldvision.de/downloads/presse/pm_g8_090708.pdf))

## **2. Erhöhung des Entwicklungshaushaltes 2009**

Am 2. Juli 2008 hat das Kabinett den Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2009 verabschiedet. Demnach steigt der Haushalt des Bundesentwicklungsministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) um 637 Millionen Euro auf 5,772 Milliarden Euro. Dies bedeutet im Vergleich zu anderen Ministerien einen überproportionalen Anstieg um 12,4 Prozent gegenüber 2008. Damit sieht sich das BMZ auf Kurs, die international vereinbarten ODA-Quoten von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015 zu erreichen (siehe 2015-aktuell 5/2005). Bundesentwicklungsministerin Wieczorek-Zeul wertete den verabschiedeten Haushalt als ein positives Ergebnis für die Entwicklungszusammenarbeit. Der Kampf gegen die weltweite Armut bleibe für die Bundesregierung ein zentraler Schwerpunkt. Allerdings musste auch sie einräumen, dass man zusätzlich zu den steigenden Haushaltsmitteln eine weiterführende Entschuldung der Entwicklungsländer sowie innovative Finanzierungsinstrumente benötige, um die bis 2015 anvisierten Ziele zu verwirklichen. Bei einer weiteren Entschuldung solle verstärkt auf so genannte „debt swaps“ gesetzt werden, wobei freigewordene Mittel aus Schuldenerlassen direkt in Bildung, Gesundheit oder AIDS-Bekämpfung investiert werden. Auf Seiten der innovativen Finanzierungskonzepte erhofft sich die Regierung ab 2010 Milliardenbeträge aus der Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Wie diese Gelder verteilt werden, ist allerdings noch nicht geklärt.

([www.bmz.de/de/presse/aktuellemeldungen/2008/juli/20080702\\_haushalt/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuellemeldungen/2008/juli/20080702_haushalt/index.html))

Verschiedene NRO begrüßten den Anstieg der ODA-Mittel, äußerten sich aber skeptisch über die Erreichung der Zielvorgaben bis 2010. VENRO zeigte sich erfreut über den signifikanten Anstieg der Haushaltsmittel, betonte aber gleichzeitig, dass die Regierung trotzdem noch weit hinter ihren eigenen Zusagen zurückbleibe. Der Verband forderte daher klare Aussagen wie diese Ziele erreicht werden sollen. Auch Reinhard Hermle, entwicklungspolitischer Berater von Oxfam Deutschland, erklärte, dass der BMZ-Haushalt ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei und den Kampf gegen die Armut voranbringe. Allerdings hob auch er hervor, dass die erhöhten Haushaltsmittel und die Einnahmen aus dem Emissionshandel alleine nicht ausreichen, um die Ziele bis 2010 zu erreichen. Hinzukomme, dass die Aufgaben größer werden. Es gehe nicht mehr nur um Armutsbekämpfung, sondern auch um Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Vertreter von terre des hommes und der Welthungerhilfe kritisierten vor allem, dass Deutschland gemessen an seiner Wirtschaftskraft zu wenig tue und im europäischen Geber-Vergleich nur auf Platz 12 zu finden sei.

([www.venro.org/245.html](http://www.venro.org/245.html); [www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=338](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=338);  
[www.tdh.de/content/presse/pressemitteilungen/detail.htm?&view=detail&id=220&year](http://www.tdh.de/content/presse/pressemitteilungen/detail.htm?&view=detail&id=220&year))

Unter dem Titel „**Alles in ODA, [od:a]?**“ hat Germanwatch seine 2005 herausgegebene Studie zum deutschen Entwicklungshilfeetat aktualisiert. Beurteilt werden dabei die Herkunft der Mittel, die Entscheidungsmechanismen über die Vergabe der Gelder sowie der reale Effekt für die Entwicklungsländer im Zeitraum von 2003 bis 2006/7. Darüber hinaus werden Fragen der ODA-Anrechenbarkeit, insbesondere von Schuldenerlassen und Studienplatzkosten kritisch hinterfragt. In ihren Ergebnissen würdigen die AutorInnen die in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritte bei der Erhöhung der deutschen ODA-Quote. Diese seien zwar zum großen Teil auf hohe Schuldenerlasse für Entwicklungsländer zurückzuführen, jedoch ist auch eine Steigerung bei „frischem Geld“, das in Entwicklungsländer transferiert wird, zu verzeichnen. Gleichzeitig warnen sie allerdings vor einem signifikanten Einbruch im Jahr 2009 aufgrund der abgeschriebenen Schuldenerlasse. Diesem müsse entscheidend entgegengesteuert werden, um die internationale Vereinbarung zur Erhöhung der ODA-Quote auf 0,51 Prozent des BNE bis 2010 und 0,7 Prozent bis 2015 trotzdem zu erreichen. ([www.germanwatch.org/ez/oda08.pdf](http://www.germanwatch.org/ez/oda08.pdf))

### **3. Regierung beschließt Weißbuch zur Entwicklungspolitik**

Die Deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich an vier großen Zielen: Bekämpfung der Armut, Schutz der Umwelt, Förderung von Frieden und Demokratie und gerechte Gestaltung der Globalisierung. Diese gliedern den 13. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung, der zum ersten Mal unter dem Titel „**Auf dem Weg in die Eine Welt**“ als Weißbuch veröffentlicht wurde. Neu daran ist, dass er nicht nur eine Bilanz der Entwicklungszusammenarbeit der letzten vier Jahre zieht, sondern auch deren zukünftige Perspektiven aufzeigt. Die Indikatoren zur Bewertung bisheriger Erfolge orientieren sich an den MDG: So ist die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut – also von weniger als einem US-Dollar am Tag – leben, erstmals unter eine Milliarde gesunken, obwohl die Weltbevölkerung weiterhin kontinuierlich wächst. Auch in der Bildung gebe es Erfolge, so Bundesministerin Wieczorek-Zeul: Das zweite MDG, allen Kindern bis 2015 eine Grundschulbildung zu ermöglichen, scheine in greifbare Nähe gerückt zu sein. Nachholbedarf sehe sie bei der Erfüllung

des vierten und fünften MDG, die eine Reduzierung der Kinder- beziehungsweise Müttersterblichkeit vorsehen. Mit Blick auf die Zukunft erklärte sie, dass die gestiegenen Nahrungsmittelpreise zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahre gehörten. Daher habe das Ministerium neben Sofortmaßnahmen für Nahrungsmittelhilfe weitere 600 Millionen Euro zur Förderung von Landwirtschaft, ländlicher Entwicklung und sozialen Maßnahmen bereitgestellt. Außerdem müsse der Klimaschutz stärker mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt werden. Als Hauptverursacher des Klimawandels seien die Industrieländer in der Pflicht, die Entwicklungsländer zu unterstützen. Bei der Vorstellung des Berichts plädierte die Ministerin daher dafür, durch Technologietransfer zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung beizutragen und mit den Entwicklungsländern bei Anpassungsmaßnahmen und beim Schutz der Regenwälder zusammenzuarbeiten. ([www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/juli/20080716\\_weissbuch/index.html](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/juli/20080716_weissbuch/index.html))

#### **4. Empfehlungen zur MDG-Umsetzung in Afrika**

Während des jüngsten Gipfels der Afrikanischen Union in Sharm El-Sheik veröffentlichte die **MDG Africa Steering Group** am 1. Juli 2008 Empfehlungen zur konkreten Umsetzung bestehender Verpflichtungen zur Armutsreduzierung. Die MDG Africa Steering Group wurde im vergangenen Jahr gegründet und bringt unter der Leitung von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon internationale Führungspersonen zusammen, um die Anstrengungen zur MDG-Umsetzung in Afrika zu verstärken und besser aufeinander abzustimmen (siehe 2015-aktuell 09/2007). In ihren nun veröffentlichten Empfehlungen zeigt die Steering Group erforderliche Schritte, Strategien und Programme zur Verwirklichung der MDG in Afrika auf. Zentrale Bereiche, in die nach Angaben der Steering Group investiert werden muss, um die MDG bis zum Jahr 2015 umzusetzen, sind die ländliche Entwicklung, Ernährungsprogramme, sowie der Ausbau von Bildungswesen, Gesundheitssystemen und physischer Infrastruktur. Zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme müssen einerseits heimische Ressourcen der Entwicklungsländer und privates Kapital mobilisiert werden. Gleichzeitig wird jedoch auch ein Finanzierungsbedarf von 72 Milliarden US-Dollar aus Mitteln der internationalen Entwicklungszusammenarbeit errechnet. Die Steering Group fordert daher die Gebergemeinschaft auf, ihre gemachten Verpflichtungen zur Steigerung der Mittel für Afrika einzuhalten. Außerdem müsse neben der Finanzierung der Entwicklungsziele auch die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gesteigert werden. ([www.mdgafrica.org/pdf/MDG%20Africa%20Steering%20Group%20Recommendations%20-%20English%20-%20HighRes.pdf](http://www.mdgafrica.org/pdf/MDG%20Africa%20Steering%20Group%20Recommendations%20-%20English%20-%20HighRes.pdf))

#### **5. Verhandlungen zum Welthandel abgebrochen**

In Genf sind in dieser Woche Gespräche zur Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Doha-Runde ergebnislos gescheitert. Dort hatten seit dem 21. Juli 2008 die Wirtschaftsminister ausgewählter Länder getagt, um die vor sieben Jahren begonnen Verhandlungen wieder zu beleben. Kernpunkte der jahrelangen Auseinandersetzung im Rahmen der der Welthandelsorganisation (WTO) sind die hohen Agrarsubventionen der EU und der USA, die zu einem ungleichen Wettbewerb führen und den Entwicklungsländern den Marktzugang erschweren. Gleichzeitig fordern die Industrieländer eine Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern. Nach einem von den sieben verhandlungsführenden Nationen ausgearbeiteten Kompromissvorschlag sah es zunächst so aus, als ob neue

Bewegung in die Debatten um den Abbau von Zöllen und Subventionen gekommen sei. Der Kompromissvorschlag, demzufolge die USA und die EU ihre Subventionen reduzieren und die Entwicklungs- und Schwellenländer ihrerseits die Märkte für westliche Güter öffnen sollten, wurde jedoch insbesondere von den großen Schwellenländern Indien und China abgelehnt. Der indische Wirtschaftsminister Kamal Nath sprach von 600 Millionen armen Bauern in seinem Land, China sogar von 800 Millionen, die vor den billigen Agrarimporten aus dem Westen geschützt werden müssten. Nichtsdestotrotz sollen die Gespräche im Herbst wieder aufgenommen werden, um doch noch zu einer Lösung zu gelangen. ([www.wto.org/english/news\\_e/news\\_e.htm#bkmk765](http://www.wto.org/english/news_e/news_e.htm#bkmk765))

NRO kritisierten die Verhandlungen schon während des Treffens als unfair und unausgeglichen. Der vorliegende Vertragsentwurf hätte die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung der armen Länder gefährdet. Oxfam forderte daher, dass man die Kleinbauern in den armen Ländern fördern und vor unfairer Konkurrenz schützen müsse, anstatt die Entwicklungsländer zur Öffnung ihrer Märkte zu zwingen. Germanwatch kritisierte, dass echte Zugeständnisse der Industrieländer Mangelware und unterhalb des eigentlich Erforderlichen lägen. Dass die EU gerade an den besonders schädlichen Exportsubventionen möglichst lange festhalten wolle, stelle die Ernsthaftigkeit ihrer Entwicklungsrhetorik grundsätzlich in Frage. Das Scheitern der Runde müsse daher nicht unbedingt negative Folgen haben. ([www.oxfam.de/a\\_611\\_presse.asp?id=340](http://www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=340); [www.germanwatch.org/presse/2008-07-24.htm](http://www.germanwatch.org/presse/2008-07-24.htm))

## 6. Kampagne für Geschlechtergerechtigkeit

Im Vorfeld des UN High Level MDG-Gipfels am 25. September 2008 hat die dänische Regierung eine Kampagne zur Umsetzung des dritten MDG zur Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit und dem Empowerment von Frauen gestartet. Bei der **MDG3 Champion Torch Campaign** werden über 100 MDG-Fackeln von Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft sowie von Einzelpersonen um die ganze Welt gereicht. Alle Fackelträgerinnen und -träger verpflichten sich, Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu ergreifen. Ziel der Kampagne und des damit verbundenen „Call to Action“ ist es, die Verpflichtung der Regierungen zur Geschlechtergerechtigkeit zu stärken und mit ausreichenden finanziellen Ressourcen sowie mit messbaren Indikatoren auszustatten. Hintergrund ist die bisher unzureichende Umsetzung von MDG 3: Frauen sind nach wie vor besonders von Armut und Rechtlosigkeit betroffen. Die anhaltende Ungleichheit der Geschlechter steht dabei nicht nur der Verwirklichung von Menschen- und Frauenrechten, sondern auch der Umsetzung anderer Entwicklungsziele im Weg. So konstatiert Bundesentwicklungsministerin und Gründungsmitglied des MDG Champion Network Wieczorek-Zeul, dass es ihr beim politischen und ökonomischen Empowerment von Frauen nicht nur um eine ökonomische Notwendigkeit, sondern auch um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit gehe. ([www.mdg3action.um.dk](http://www.mdg3action.um.dk))

Die VENRO-Steuerungsgruppe Gender hat in einer Stellungnahme gefordert, bei der Überprüfung der Paris Deklaration zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, die im September in Accra stattfinden wird, einen stärkeren Schwerpunkt auf die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zu legen.

In der bisherigen Ausgestaltung des Reformprozesses drohe dieses Ziel in den Hintergrund zu treten, da es in der Paris Deklaration nur marginal behandelt werde. Die Steuerungsgruppe forderte daher, Ziele und Mechanismen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit systematisch in die neuen Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren. Denn nur wenn der Reformprozess Geschlechterungleichheiten adressiere, könne er Armut nachhaltig bekämpfen und damit einen Beitrag zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit und zur Erreichung der MDG leisten. ([www.venro.org](http://www.venro.org))

## 7. EU Aktionsplan zu den MDG

In einem schriftlichen Umlaufverfahren haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Vorfeld der Ratstagung vom 19. bis 20. Juli 2008 einen MDG-Aktionsplan verabschiedet. Die **EU Agenda for Action on MDGs** ruft alle Geber auf, ihr Engagement zur Verwirklichung der MDG zu verstärken und enthält Verpflichtungen der EU zu deren Umsetzung. Zentrale Bereiche, in denen der Aktionsplan Fortschritte bis zum Jahr 2010 erreichen will, sind die Bekämpfung von Armut und Hunger, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz und Geschlechtergerechtigkeit. So sollen die Finanzierungslücken im Bildungs- und Gesundheitsbereich durch EU-Investitionen in Höhe von 4,3 Milliarden US-Dollar (Bildung) und 8 Milliarden US-Dollar (Gesundheit) bis zum Jahr 2010 verringert werden. Zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit will die EU durch verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich, sowie durch die Förderung der politischen und ökonomischen Partizipation von Frauen beitragen. Grundlage der Verpflichtungen ist der ODA-Stufenplan der EU, demzufolge die Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2010 0,51 Prozent ihres BNE als Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen sollen. ([www.eu2008.si/en/News\\_and\\_Documents/Fact-summit-UNE/0616\\_EC\\_Priloga.pdf](http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Fact-summit-UNE/0616_EC_Priloga.pdf))

## 8. Agrartreibstoffe treiben Nahrungsmittelpreise in die Höhe

Vor dem Hintergrund wachsender Kritik an der Herstellung von Agrartreibstoffen zulasten der Nahrungsmittelproduktion haben die EU-Energieminister bei einem informellen Treffen in Paris am 5. Juli 2008 beschlossen, die Beimischungsziele für Agrartreibstoffe für 2020 aufzuweichen. Ursprünglich hatte die Beimischungsquote der EU vorgesehen, dass im Transportsektor 10 Prozent Agrartreibstoff in den Treibstoffen enthalten sein muss. Nun erklärte der französische Energieminister und EU-Ratspräsident Jean-Louis Borloo: „Die 10 Prozent müssen erneuerbar, das heißt nicht nur Biosprit sein“. Damit widersprach er einem Beschluss der 27 EU-Staaten vom März 2007, der einen Anteil von 10 Prozent Agrartreibstoff als Ziel hatte. Ebenso sprach sich das Europäische Parlament für eine Anpassung der Ziele an die Nahrungsmittelknappheit aus. Demnach soll bis zum Jahr 2015 eine Beimischungsquote von 4 Prozent erreicht werden, um dann erneut über die 10 Prozent-Quote zu entscheiden. ([www.eu2008.fr](http://www.eu2008.fr))

Zuvor hatte eine interne **Weltbank-Studie**, die der britischen Zeitung „The Guardian“ im Vorfeld des G8-Gipfels zugespielt worden war, aufgezeigt, dass Biosprit für bis zu 75 Prozent des Preisanstiegs auf den weltweiten Lebensmittelmärkten verantwortlich ist. Die Industrienationen subventionierten demnach im vergangenen Jahr den Ausbau der Agrartreibstoff-Produktion mit bis zu 15 Milliarden US-Dollar. Dies habe zunächst dazu geführt, dass ein zunehmend höherer Anteil der Ackerfläche für den Anbau entsprechender Pflanzen bereitgestellt worden sei – die USA nutzen

inzwischen mehr als ein Drittel der Getreideproduktion zur Herstellung von Agrartreibstoffen und Europa etwa die Hälfte des Pflanzenöls für Biodiesel. Darüber hinaus hätten die Subventionen dazu geführt, dass Landwirte von sich aus den Anbau von Energiepflanzen forcierten. Schließlich hätten Finanzspekulationen die Preise weiter in die Höhe getrieben. Damit steht die Studie des angesehenen Weltbank-Ökonomen Don Mitchell im deutlichen Gegensatz zu den Erklärungen der meisten Regierungen. Die USA zum Beispiel machen Agrartreibstoffe nur für eine Preissteigerung von etwa drei Prozent verantwortlich. Die neuen Zahlen übertreffen sogar Schätzungen der NRO Oxfam. Diese kam in Ihrem eigenen Bericht „**Another inconvenient Truth**“, der Ende Juni veröffentlicht wurde, zu der Einschätzung, dass die Preissteigerung bei Lebensmitteln zu etwa 30 Prozent durch Agrartreibstoffe ausgelöst worden ist. Allein diesen Zahlen zufolge seien dadurch weltweit ungefähr 30 Millionen Menschen in die Armut getrieben worden.

([www.guardian.co.uk/environment/2008/jul/03/biofuels.renewableenergy](http://www.guardian.co.uk/environment/2008/jul/03/biofuels.renewableenergy);  
[www.oxfam.org/files/bp114-inconvenient-truth-biofuels-0806.pdf](http://www.oxfam.org/files/bp114-inconvenient-truth-biofuels-0806.pdf))

## **9. Mehr und bessere Entwicklungshilfe für Gesundheit gefordert**

Eine schlechte Koordination der Geberländer sowie zu viele verschiedene Programmstrategien reduzieren neben der chronischen Unterfinanzierung die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsförderung. Dies ist das Ergebnis des Berichts „**Gesunde Hilfe**“, den das Netzwerk Action for Global Health, bestehend aus 15 europäischen NRO, am 18. Juni 2008 veröffentlichte. Als besonders besorgniserregend kritisieren die NRO, dass nicht nur die Entwicklungshilfeszahlungen rückläufig sind, sondern zusätzlich auch der von der Europäischen Kommission verwaltete Gesamtbetrag für Gesundheitssysteme drastisch gesunken ist. Dies hänge zum Teil mit der Verschiebung von Geldern in andere Sektoren zusammen. Außerdem neigten die EU-Länder immer noch dazu, bilaterale Beziehungen zu bevorzugen, was die Wirksamkeit der Investitionen beeinflusse. Daher müsse diese durch eine verstärkte Harmonisierung der Programme, eine Stärkung der demokratischen Eigenverantwortung in den Empfängerländern sowie eine Reduzierung der Auflagen verstärkt werden. Dabei müsse die Zivilgesellschaft eine besondere Rolle als Watchdog einnehmen, um sicherzustellen, dass die Gelder auch effizient eingesetzt werden. Die Empfehlungen leiten sich aus den Analysen von sechs Fallstudien ab, die das Netzwerk detailliert untersucht hat. ([www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Action\\_for\\_global\\_health/Studie\\_2008\\_Gesunde\\_Hilfe.pdf](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Action_for_global_health/Studie_2008_Gesunde_Hilfe.pdf))

## **10. Development Cooperation Forum soll geberdominierte Entwicklungszusammenarbeit überwinden**

Vom 30. Juni bis zum 1. Juli 2008 fand in New York die erste Sitzung des Development Cooperation Forum (DCF) statt. Das DCF wurde 2005 als Gremium des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) ins Leben gerufen, um globale Entwicklungstrends zu begleiten, eine stärkere Kohärenz zwischen den Aktivitäten unterschiedlicher entwicklungspolitischer Akteure zu schaffen und die Arbeit der Vereinten Nationen im Entwicklungsbereich zusammenzuführen. Beim diesjährigen Treffen des DCF stand die Reform der Entwicklungszusammenarbeit sowie deren Finanzierung im Mittelpunkt der Diskussionen. Dabei ging es darum, einen strategischen Input zur Doha-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung im November 2008 und zum High Level Meeting on Aid

Effectiveness im September in Accra zu leisten. Betont wurde von den Teilnehmenden, dass sich Entwicklungszusammenarbeit stärker an international vereinbarten Entwicklungszielen, wie den MDG, ausrichten müsse. Der Vorsitzende der internationalen NRO ActionAid, Ramesh Singh, begrüßte die Einberufung des DCF und betonte, dass das Forum einen Ort böte, in dem Fragen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Gegensatz zu anderen internationalen Gremien unter gleichberechtigter Einbeziehung von Ländern des Südens diskutiert werden könnten. Seitens der Zivilgesellschaft schlug er deshalb vor, das nächst High Level Forum on Aid Effectiveness, das im Jahr 2011 stattfindet, nicht im Rahmen der geberdominierten OECD, sondern im Rahmen der Vereinten Nationen abzuhalten. ([www.un.org/ecosoc/newfunct/2008dcf.shtml](http://www.un.org/ecosoc/newfunct/2008dcf.shtml))

---

### ***Kurz notiert:***

Die Kampagnen und Advocacy Organisation ONE verleiht im September 2008 zum ersten Mal den mit 100 000 US-Dollar dotierten „**ONE Africa Award**“. Damit sollen Individuen, Gruppen oder Organisationen aus Afrika geehrt werden, die sich durch Engagement und Erfolg bei der Unterstützung im Kampf für die Erreichung der MDG in Afrika auszeichnen. Deadline für eine Bewerbung ist der 15. August 2008.

([www.one.org/africaaward](http://www.one.org/africaaward))

Mit der Unterstützung von FIAN und Brot für die Welt wurde im Juli ein **Afrikanisches Netzwerk für das Recht auf Nahrung** gegründet. Die Initiative ging von Bauern- und Menschenrechtsgruppen sowie sozialen Organisationen aus 18 afrikanischen Ländern aus und soll einen wichtigen Schritt zur dauerhaften Reduzierung des Hungers in Afrika darstellen.

([www.brot-fuer-die-welt.de/presse/660\\_presse-detail\\_DEU\\_HTML.php?ck=308](http://www.brot-fuer-die-welt.de/presse/660_presse-detail_DEU_HTML.php?ck=308))

---

### ***Termine***

**21. bis 22. August 2008, Basel, University of Basel, University of Applied Sciences Northwestern Switzerland**

2. International Sustainability Conference – Creating Values for Sustainable Development  
[www.isc2008.ch](http://www.isc2008.ch)

**5. September 2008, Lüneburg, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen, Institut für Umweltkommunikation**

Gegenwind! Klimawandel + weltweite Armut

Tageskonferenz

Informationen und Anmeldung: Marion Rolle ([rolle@ven-nds.de](mailto:rolle@ven-nds.de))

**9. September 2008, Berlin, INWENT, BMZ, VENRO**

Finanzierung der Millenniumsentwicklungsziele: Die Weichen richtig stellen

Informeller Politikdialog

[www.venro.org/](http://www.venro.org/)

**24. September 2008, Bonn, VENRO**

Gender als Erfolgsfaktor. Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Workshop

[www.venro.org](http://www.venro.org)

---

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: [berlin@venro.org](mailto:berlin@venro.org)

Internet: [www.2015.venro.org](http://www.2015.venro.org)

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Philipp von Zwehl

*Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*